



Presseschau vom 17.07.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

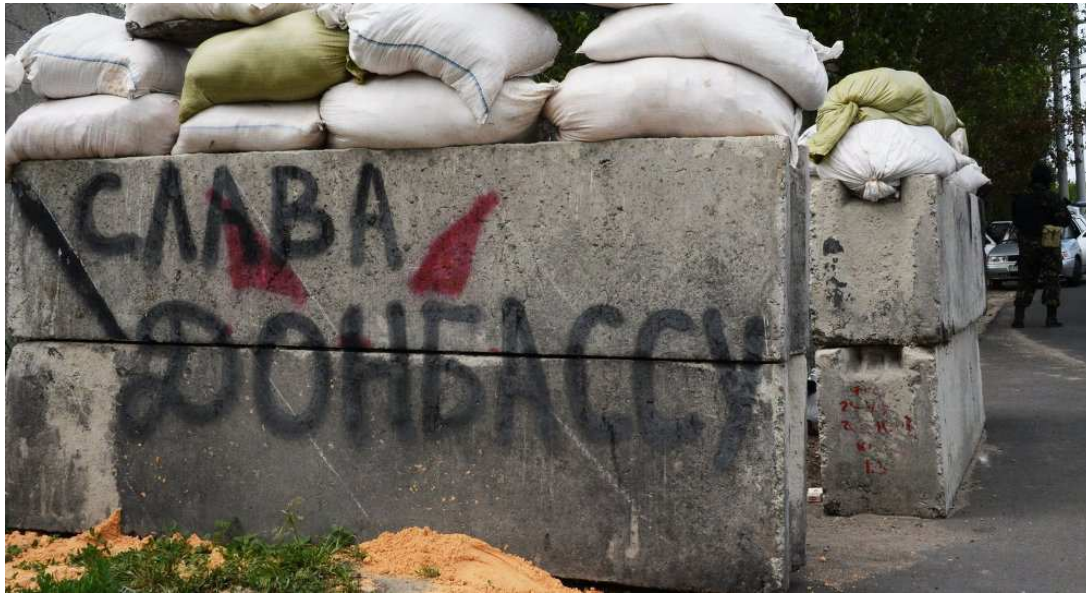
Abends/nachts:

De.sputniknews.com: Das Verfassungsgericht der Ukraine wird in die Landesverfassung eingefügten Normen in Bezug auf den Donbass nicht anerkennen. Zu diesem Schluss gelangte Viktor Mussijaka, Mitglied der Verfassungskommission der Ukraine, am Donnerstag.

Gemäß den von Präsident Petro Poroschenko eingebachten Änderungen wird der Status der von Kiew nicht kontrollierten Territorien des Donbass durch ein Sondergesetz geregelt. Sollte das Verfassungsgericht die Änderungen doch noch akzeptieren, sind zwei Abstimmungen im Parlament erforderlich. In erster Lesung soll das Dokument mit einer einfachen Mehrheit von 226 Stimmen und in der zweiten Lesung bereits von mindestens 300 Stimmen angenommen werden.

Der Experte erinnerte daran, dass Poroschenkos Änderungen die Auflösung örtlicher Räte ermöglichen, die mit ihren Beschlüssen den Rahmen des ukrainischen Grundgesetzes sprengen. Zugleich sieht das Gesetz über Besonderheiten der örtlichen Selbstverwaltung auf einzelnen Territorien der Gebiete Donezk und Lugansk keine vorzeitige Einstellung der Vollmachten der Ortsorgane vor.

„Unter diesen Bedingungen wird der Präsident nicht in der Lage sein, von seinem Recht auf die Auflösung der Machtorgane auf dem Territorium der Gebiete Donezk und Lugansk Gebrauch zu machen, selbst wenn sie verfassungswidrige Beschlüsse fassen sollten.“ Auf die Frage, ob das Verfassungsgericht die den Donbass betreffenden Normen als verfassungswidrig ablehnt, sagte der Experte: „Ich denke, dass genau das passieren wird.“



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30331/55/303315565.jpg>

Dan-news.info: Ukrainische Soldaten haben mit Granatwerfern die Stadt Jasinowataja beschossen, teilte der Leiter der Bezirksverwaltung Jurik Korsar mit. „Vor 15 Minuten war es bei uns sehr laut, es gab Explosionen am Rand des Bezirks und in der Stadt selbst“, sagte er. Korsar fügte hinzu, dass der Gegner wahrscheinlich eine Stunde lang mit Granatwerfern schoss. „Bisher gibt es keine Informationen über Zerstörungen und Verletzte“, fügte er hinzu.

Rusnext.ru: Am 11. Juli 2015 erhielt das Soziale Rehabilitationszentrum für Kinder mit Behinderungen in Altschewsk eine humanitäre Lieferung der Bürgerbewegung „Novorossia“ von Igor Strelkow.



http://rusnext.ru/sites/default/files/gumanitarnaya_pomoshch_centru_socialnoy_reabilitacii_detej_invalidov_zhuravushka.jpg

Dan-news.info: Die Kiewer Truppen haben heute Abend die 58. Schule im Kiewskij-Bezirk von Donezk beschossen, erklärte der Leiter der Bezirksverwaltung Walentin Lewtschenko. „Gegen 17:30 ist bei uns die 58. Schule beschossen worden“, sagte er. Nach vorläufigen Angaben wurde das Gelände der Bildungseinrichtung von einem

Granatgeschoss getroffen. „Zum Glück lief es ohne Verletzte und Zerstörungen ab“, sagte Lewtschenko.
Die Schule ist zurzeit wegen der ständigen Gefahr für das Leben der Schüler geschlossen.

De.sputniknews.com: Die Ukraine will einen mit Russland unterzeichneten Vertrag über die Nutzung des Asowschen Meeres und der Meerenge von Kertsch aufkündigen, wie die Werchowna Rada am Donnerstag auf ihrer Internetseite mitteilte.
Der von Vizeparlamentschef Andrej Parubij und einigen anderen Abgeordneten initiierte Gesetzentwurf liegt bereits der Rada zur Diskussion vor.
Die Meerenge von Kertsch, die die Halbinsel Taman von der Krim trennt, wird jetzt von Russland kontrolliert, nachdem die Krim nach 60-jähriger Pause wieder in den Staatsverband Russlands aufgenommen wurde. Das Asowsche Meer ist ein Binnengewässer Russlands und der Ukraine.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen beschießen gerade Spartak mit verschiedenen Arten von Waffen, teilte die Bezirksverwaltung mit.
„Jetzt gerade hören Sie die Geräusche des Beschusses. Maschinengewehr, Panzer, Granatwerfer“, teilte der Gesprächspartner telefonisch mit.
Er fügte hinzu, dass das Feuer etwa vor einer halben Stunde eröffnet wurde. Die ukrainischen Streitkräfte verwendeten schwere Artillerie. „Dann war es 10 Minuten ruhig und es begann von neuem“.
Die Einwohner sind schon darauf vorbereitet, die Nacht in den Schutzräumen zu verbringen. „Normalerweise dauert das bis zum Morgen.“

Vormittags:

De.sputniknews.com: Die Verfassungsänderungen des ukrainischen Präsidenten sind von den Minsker Vereinbarungen zur friedlichen Beilegung im Donbass weit entfernt, so Alexej Puschkow, Chef des Auswärtigen Ausschusses der Staatsduma (russisches Unterhaus).
„Nuland hatte zu viel Eile. Die von Poroschenko vorgenommenen Änderungen am Verfassungsentwurf sind weit entfernt von den Minsker Vereinbarungen, stehen aber den politischen Phantasien von Poroschenko selbst nah“, äußerte Puschkow am Freitag via Twitter.
Zuvor hatte Victoria Nuland, Under Secretary im US-Außenamt, gesagt, dass die von Kiew eingebrachten Verfassungsänderungen davon zeugen, dass die ukrainischen Behörden ihren Pflichten aus dem Minsk-Abkommen nachgekommen sind.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben zweimal in den letzten 24 Stunden das Territorium der LVR beschossen, teilte die Volksmiliz der LVR mit.
In der Zeit von 16:00 bis 16:45 am 16.7. wurden mit Granatwerfern des Kalibers 12mm Donezkij beschossen.
Von 23:00 – 23:20 wurde Shelobok mit Panzertechnik und Granatwerfern beschossen.

De.sputniknews.com: Die ukrainische radikal-nationalistische Organisation Rechter Sektor will den mehrere Tage andauernden bewaffneten Widerstand gegen die Polizei nicht weiter fortsetzen, wie Andrej Scharaskin, Vertreter des Rechten Sektors, dem TV-Sender „112 Ukraina“ mitteilte.

„Das Wichtigste ist, dass wir als erste der Gesellschaft beweisen müssen, dass wir auf keinen Fall die Entfesselung eines Krieges und, Gott behüte, eine weitere Konfrontation anstreben. Wir erwecken Aufmerksamkeit und kämpfen gegen das Übel und versuchen auf keinen Fall, die Situation im Land zuzuspitzen. Deswegen ist eine Eskalation des Konfliktes unzulässig.“...



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30331/90/303319098.jpg>

Dan-news.info: Ukrainische Soldaten haben den Kiewskij-Bezirk von Donezk mit Granatwerfern beschossen, in der Folge wurde eine Frau verletzt, teilte der Stadtverwaltung der Hauptstadt mit.

„Am Abend des 16. Juli erlitt beim Beschuss des Kiewskij-Bezirks bei der Explosion eines Granatgeschosses eine Frau Splitterverletzungen.“

Das Geschoss fiel neben ein Wohnhaus auf dem Partisanakij-Prospekt (etwa 6km vom Zentrum von Donezk entfernt). Genauere Informationen über Zerstörungen liegen bisher nicht vor.

De.sputniknews.com: Das ukrainische Parlament hat eine Erhöhung der Militärausgaben um weitere 5,3 Milliarden Griwna beschlossen. Das Geld ist für den Truppeneinsatz gegen das abtrünnige Donezbecken gedacht.

Im Freitag verabschiedete die Rada mit einer knappen Mehrheit von 227 Stimmen ein Gesetz, dass die Finanzierung der „Sonderoperation“ in diesem Jahr um weitere 5,3 Milliarden Griwna (ca. 240 Millionen US-Dollar) vorsieht.

Trotz des drohenden Staatsbankrotts hatte die Ukraine den Militäretat für 2015 auf zwei Milliarden US-Dollar (2,7 Prozent des BIP) verdoppelt. Für Sicherheit und Verteidigung sollen insgesamt vier Milliarden Dollar ausgegeben werden. Zugleich bewirbt sich die frühere Sowjetrepublik um weitere Kredite. Alte Kredite will die Regierung in Kiew aber nicht zurückzahlen.

Ende Mai segnete Staatschef Petro Poroschenko eine neue nationale Sicherheitsstrategie ab, die die Sicherheits- und Verteidigungsausgaben auf mindestens fünf Prozent des BIP erhöht.

Trotz knapper Kassen gibt Kiew täglich bis zu sieben Millionen US-Dollar für seine Militäroperation gegen die abtrünnigen östlichen Industriegebiete Donezk und Lugansk aus, die den nationalistischen Umsturz von 2014 nicht anerkannt und ihre Unabhängigkeit

ausgerufen hatten. Bei den Gefechten zwischen dem Kiew-treuen Militär und den örtlichen Bürgermilizen sind laut den jüngsten UN-Angaben mindestens 6500 Zivilisten ums Leben gekommen...



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30209/99/302099963.jpg>

Dnr-online.ru: Glückwünsche des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko an die Muslime der DVR zum Fest des Fastenbrechens:

„Sehr geehrte Brüder und Schwestern!

Ich gratuliere allen Muslimen der DVR und des gesamten Donbass zum Beginn des hellen Festtags – des Fest des Fastenbrechens, das das Ende des heiligen Monats Ramadan bedeutet.

Das Fest des Fastenbrechens ist wirklich ein Feiertag des Volkes, in dem die Ideen des Dienstes für das Gute, des Erhalts des Friedens und der allseitigen Festigung der Freundschaft zwischen den Völkern unserer jungen Republik enthalten sind!

Für alle gläubigen Muslime ist dieser reine und heilige Feiertag eine Möglichkeit zur seelischen Vervollkommnung und für Barmherzigkeit und Mitgefühl mit allen Notleidenden.

Ich wünsche persönlich und im Namen aller Einwohner des Donbass allen Moslems unseres Landes starke Gesundheit, Gedeihen, Erfolg bei allen guten Bestrebungen und einen friedlichen Himmel!

Glückwünsche zum Festtag!“

De.sputniknews.com: Am Donnerstag hat das ukrainische Parlament (Rada) den ersten Schritt zur Verfassungsreform gemacht. In den neuen Verfassungstext wurde ein Passus zur Dezentralisierung des Landes eingefügt, schreibt die „Rossijskaja Gaseta“ am Freitag. Im letzten Augenblick entschied sich der ukrainische Präsident Pjotr Poroschenko, im Text der Verfassung „die besondere Ordnung der Selbstverwaltung in den einzelnen Bezirken der Gebiete Donezk und Lugansk“ zu erwähnen. In der Vergangenheit hatte er dieses Thema stets gemieden.

Poroschenko gab jedoch zu verstehen, dass es keinen besonderen Status für das Donezbecken in der Verfassung geben werde. „Das Projekt sieht die Möglichkeit der spezifischen Ordnung der Selbstverwaltung in einzelnen Bezirken der Gebiete Donezk und Lugansk vor, die von einem Sondergesetz bestimmt wird“, sagte Poroschenko. Der Fraktionsvorsitzende des Blocks Poroschenko, Juri Luzenko, ergänzte, dass „ein besonderer Status“ Föderalisierung bedeute, die Ukraine sei jedoch ein Einheitsstaat.

Der vom ukrainischen Parlament angenommene Beschluss bedeute nicht, dass Kiew auf

Donezk und Lugansk zugehe, heißt es aus den Reihen der Offiziellen der beiden Volksrepubliken.

„Poroschenko hat der Rada diesen Passus in der Verfassung der Ukraine angeboten. Damit verletzte er erneut grob die Minsker Vereinbarungen, da der Gesetzesentwurf zur Verfassungsänderung nicht mit dem Donezbecken vereinbart und der Kontaktgruppe nicht zur Diskussion gestellt wurde. Damit zeigte er, was sein Wort bedeutet, das er in Minsk gegeben hat. Für die Ukraine haben die übernommenen Verpflichtungen keine Bedeutung, ihr sind die Einwohner des Donezbeckens sowie die Bemühungen der internationalen Vermittler egal“, heißt es in einer offiziellen Stellungnahme des Chefs des Volksrates der Volksrepublik Donezk, Andrej Purgin.

Außerdem forderte er die BRICS-Länder dazu auf, Sanktionen gegen ukrainische Beamte und Unternehmen, die in den Terror gegen das Volk im Donezbecken verwickelt sind, zu verhängen.

"Wir werden auf umfassende Formulierungen des besonderen Status bestehen. Unmittelbar in der Verfassung der Ukraine. Auf der Verankerung der Sonderrechte für das Donezbecken. Vor allem, auf dem Recht der gleichberechtigten vertraglichen Beziehungen mit den Kiewer Behörden", verkündete der Vizechef des Volksrates der Republik Donezk, Denis Puschilin, und empfahl Poroschenko, den Passus zu widerrufen und ihn von der OSZE, Russland und den Volksrepubliken vereinbaren zu lassen.

Es sieht so aus, dass das Donezbecken wohl bereit ist, seine Zukunft nicht nur mit den Waffen in den Händen, sondern auch auf diplomatischem Weg zu verteidigen.

Dan-news.info: Die Schuld der ukrainischen Seite am Tod der Passagiere der malaysischen Boeing-777 steht außer Zweifel, erklärte heute am Ort der Katastrophe der Vorsitzende der gesellschaftlichen Organisation „Molodaja Respublika“ Sergej Kondrykinskij.

„Niemand hat mehr Zwei an der Schuld der ukrainischen Verbrecher am Tod der Menschen beim Absturz der malaysischen Boeing. Wir ehren das Andenken der Toten genauso wie das Andenken unserer Landsleute, die in diesem schrecklichen Krieg getötet wurden“, erklärte er.

De.sputniknews.com: Ivica Dačić, Serbiens Außenminister und OSZE-Vorsitzender, hat ukrainische Medienberichte, dass Serben auf der Seite der Volkswehr im Donbass kämpften, als falsch zurückgewiesen.

Medien berichten seit Sommer vergangenen Jahres über serbische Freiwillige im Donezbecken. „Ich möchte der ukrainischen Öffentlichkeit sagen: Die Medieninformationen, dass serbische Söldner auf der Seite der Lugansker und der Donezker Republik kämpfen, stimmen nicht“, äußerte Dačić am Freitag bei einem Besuch in Kiew nach Angaben der Agentur Unian. „Wer außerhalb Serbiens an einem Konflikt teilnimmt, muss in Serbien mit Gefängnis rechnen.“

Nachmittags:

Dan-news.info: Eine Brigade von Arbeitern der kommunalen Wasserwerke ist während der Durchführung von Reparaturarbeiten am Kanal Sewerskij Donezk – Donbass in Gorlowka

unter Beschuss der ukrainischen Streitkräfte geraten, teilte der Pressedienst des Unternehmens mit.

„Heute gegen 10:00 sind unsere Mitarbeiter in Gorlowka zur Reparatur an Wasserleitungen des Kanals im Bereich der Schuma-Schlucht eingetroffen. Während der Untersuchung des Gebiets durch Rettungsgruppen wurden auf die Kommunalbeschäftigten das Feuer eröffnet.“ Nach vorläufigen Informationen „kam das Feuer aus Richtung Schumy, Bezirk Dsershinsk. „Tote und Verletzte konnten dank der operativen Evakuierung der Arbeiten vom Beschussort vermieden werden“, fügten die Wasserwerke hinzu.

De.sputniknews.com: Die Oberste Rada (Parlament) der Ukraine hat die turnusmäßigen Kommunalwahlen für den 25. Oktober 2015 angesetzt. Für den entsprechenden Gesetzentwurf stimmten 237 Abgeordnete bei erforderlichen 226.

In diesem Zusammenhang beauftragte das Parlament die Wahlbehörde, die Vorbereitung bzw. Durchführung dieser Wahlen aus Haushaltsmitteln zu finanzieren. Die diesbezügliche Anordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung in Kraft.

In den von Kiew nicht kontrollierenden Gebieten Donezk und Lugansk sowie auf der Krim und in der Stadt Sewastopol sollen laut der Anordnung vorerst keine Wahlen stattfinden.

Die Liste der unter Kontrolle Kiews stehenden Rayons des Donbass, in denen die Wahlen möglich sind, soll mit einem besonderen Beschluss der Rada festgelegt werden.

Laut dem Fraktionsvorsitzenden des Blocks Poroschenko, Juri Luzenko, haben alle Koalitionsfraktionen dieser Entscheidung zugestimmt.

Das ukrainische Parlament hatte am Dienstag das Gesetz über die Kommunalwahlen als Ganzes gebilligt, das Änderungen am Wahlmodus für die Selbstverwaltungsorgane vorsieht. Das neue Gesetz verbietet unter anderem die Selbstaufstellung von Kandidaten und erhöht die Wahlhürde für Parteien von drei auf fünf Prozent.

Dan-news.info: „Die Intensität der Beschüsse durch die ukrainische Seite betrug in den letzten 24 Stunden 36 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung. Der Gegner beendet die Verwendung von Artilleriegeschützen nicht“, teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit.

Nach Angaben des Ministeriums wurden auf Ortschaften der Republik 31 Artilleriegeschosse, 17 Panzergeschosse, 123 Granatgeschosse der Kaliber 82 und 120mm abgeschossen. Außerdem verwendete der Gegner Abwehrgeschütze, kleinere Granatwerfer und Schusswaffen.

Beschossen wurden Donezk (die Bezirke Kiewskij, Kujbyschewskij, der Flughafen), Jasinowataja, Gorlowka, Shabitschewo und Spartak.

Im Kiewskij-Bezirk wurde ein Mädchen gestern Abend durch den Beschuss verletzt.

De.sputniknews.com: Der ehemalige Staatschef Georgiens und jetzige Gouverneur des Gebietes Odessa Michail Saakaschwili hat Maria Gaidar, die russische Oppositionelle und einzige Tochter des verstorbenen russischen Politikers und Ökonomen Egor Gaidar, zur Vize-Gouverneurin des Gebietes Odessa ernannt, wie das ukrainische Portal LB.ua. am Freitag berichtete.

„Wir bitten den ukrainischen Präsidenten, Maria Gaidar die ukrainische Staatsbürgerschaft zu gewähren“, sagte Saakaschwili während eines Treffens mit regionalen Business-Vertretern.

„Diese Tatsache, dass eine markante russische Politikerin jetzt mit uns ist, zeugt davon, dass wir unbesiegbar sind“, betonte Saakaschwili.

Der Gouverneur des Gebietes Odessa bezeichnete Gaidar als Vertreterin einer prominenten russischen Familie. Er unterstrich, dass die ehemalige Vize-Gouverneurin des russischen

Gebietes Kirow eine fundamentale ökonomische und juristische Bildung hat. Gaidar wird für den Sozialbereich verantwortlich sein.



http://dumskaya.net/pics/a1/picturepicture_73884247123372_92044.JPG

Dan-news.info: Mitteilungen des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Die Aufklärung der Streitkräfte der DVR stellt weiterhin Verschiebungen von Militärtechnik und Personal der ukrainischen Streitkräfte fest. So wurden in Nowobachmutowka, 10 km von der Kontaktlinie, Feuerpositionen von Haubitzenartillerie entdeckt. Am westlichen Rand von Werchnetorezkoje, vier km von der Kontaktlinie, wurden Feuerpositionen von Mehrfachraketenwerfern und Haubitzenartillerie entdeckt.“

Basurin unterstrich, dass die Milizen der DVR ihrerseits streng die in den Minsker Vereinbarungen unterschriebenen Verpflichtungen einhalten, aber das Niveau der Kampfausbildung erhöhen, um bei Notwendigkeit einen Angriff des Gegners zurückschlagen zu können.

„Die Verantwortung für die Opfer und Zerstörungen in Spartak und den Außenbezirken von Donezk liegt bei dem Kommandeur des Sektors „B“ Generalmajor Najew. Dieser Kommandeur erfüllt die verbrecherischen Befehle der Kiewer Junta, der seine Offiziersehre und sein menschliches Gewissen vergessen hat und sich nicht für die Leben der friedlichen Bevölkerung interessiert.“

Basurin sagte, dass während des letzten Beschusses des Kiewskij-Bezirks von Donezk von Seiten der ukrainischen Streitkräfte ein sechzehnjähriges Mädchen Splitterverletzungen erlitt.

De.sputniknews.com: Ohne Russland ist die Lösung von komplexen Problemen in Europa nicht möglich, deshalb müssen die Beziehungen zwischen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und Russland normalisiert werden, wie der Vorsitzende der OSZE PV Ilkka Kanerva am Freitag in einem Gespräch mit dem russischen Unterhaus-Chef Sergej Naryschkin sagte.

„Es ist mein größter Wunsch, dass wir alle zum Verhandlungstisch zurückkehren, dass alle 57 Länder wieder zusammenkämen und mit der Arbeit loslegen könnten. Deshalb halte ich es für notwendig, unsere Beziehungen zu normalisieren und alle Probleme, die zwischen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und Russland entstanden sind, zu beheben, und die Kontakte neu zu knüpfen“, sagte der Parlamentarier.

Er äußerte seine Hoffnung, dass Russland und die PV OSZE schon in einigen Wochen das, was in Helsinki passiert ist hinter sich lassen und ihre Zusammenarbeit fortsetzen werden.

„Meiner Meinung nach ist die Situation in Europa heute sehr komplex. Wir stehen vor einer

Reihe von Schwierigkeiten. Es besteht kein Zweifel daran, dass die Lösung dieser Probleme in der Praxis ohne Russland nicht möglich ist“, betonte er.

Es sei auch offensichtlich, so Kanerva, dass in den nächsten Phasen die konstruktiven Ideen und die Teilnahme Russlands an der Bewältigung dieser Schwierigkeiten benötigt werde. „Es hängt von der Zusammenarbeit mit Russland ab. Es ist wichtig, dass jedes Land (an der Arbeit – d. Red.) beteiligt ist“, fügte er hinzu...

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen halten weiterhin mindestens 1000 Bürger der DVR fest, teilte das Mitglied der Kommission der DVR für Angelegenheiten von Kriegsgefangenen Lilija Rodionowa mit.

„In ukrainischen Untersuchungsgefängnissen und beim Sicherheitsdienst der Ukraine werden mindestens 1000 unserer Bürger festgehalten. Davon haben nur 300 Beziehungen zur Armee der DVR, die übrigen 700 sind Zivilisten“.

Sie unterstrich, dass etwa die gleiche Anzahl von Bürgern der DVR vermisst wird.

„Mindestens 1000 Menschen aus der DVR sind auf den Listen der Vermissten, bei denen es bisher nicht gelungen ist, ihren Aufenthaltsort zu ermitteln“, sagte Rodionowa.

Sie fügte hinzu, dass ein großer Teil der auf ukrainischer Seite festgehaltenen Soldaten der DVR nicht einmal elementare medizinische Behandlung und Ausgang erhalten. „Wir haben mehrfach das schreckliche Verhalten gegenüber unseren Soldaten festgestellt. Darüber berichten wir regelmäßig Vertretern des Roten Kreuzes“, fasste sie zusammen.

De.sputniknews.com: Die von Poroschenko vorgenommenen Änderungen am Verfassungsentwurf stellen nur eine Imitation der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zur friedlichen Beilegung im Donbass durch Kiew dar, heißt es in einer Erklärung des russischen Außenministeriums, die auf dessen Webseite veröffentlicht ist.

„Der kürzlich in der Obersten Rada eingebrachte Entwurf zur Verfassungsänderung wurde in dem Passus, der die Dezentralisierung betrifft, nicht nur ohne die Teilnahme der Vertreter von Lugansk und Donezk, sondern auch ohne die geringste Berücksichtigung der Interessen des Südostens der Ukraine vorbereitet. Dieses Dokument steht in keinem Zusammenhang mit den Minsker Vereinbarungen“, heißt es in der Erklärung.

Laut dem Außenministerium ist in den Minsker Vereinbarungen sehr deutlich dargelegt, dass dem Gebiet Donbass zeitweilige Sonderrechte zugebilligt werden müssen. Stattdessen wurde nur ein Passus „über eine spezifische örtliche Selbstverwaltung in einzelnen territorialen Einheiten der Gebiete Lugansk und Donezk“ eingefügt.

Dies bestätige auch die Äußerung, die der ukrainische Präsident Petro Poroschenko am 16. Juli in der Obersten Rada gemacht hat. Laut dem Staatschef der Ukraine sieht der Entwurf der Änderungen keinen Sonderstatus für den Donbass vor und könne diese auch nicht vorsehen.

In Moskau ist man der Meinung, dass „die Dezentralisierung nach Kiews Art“ jeder Zeit als „Scheidemünze“ im nicht endenden Kampf um die Macht im Land“ verwendet werden kann.

„Außerdem täuschen diese Übungen in politischer Demagogie die ukrainische und die internationale Öffentlichkeit“, heißt es in der Erklärung weiter.

Die russische Seite sei über die dauernde Krise in der Ukraine und die Probleme mit deren Regelung äußerst besorgt. Kiew gehe dagegen an die Umsetzung des Minsker Abkommens vom 12. Februar nur wahlweise heran und interpretiere es stets im eigenen Interesse.

Dan-news.info: Die drei Fischer aus Nowoasowsk, die von ukrainischen Truppen in den Territorialgewässern der DVR am 14. Juli festgenommen wurden, sind nach Hause zurückgekehrt, teilte das Mitglieder der Kommission der DVR für Angelegenheiten von Kriegsgefangenen Lilija Rodionowa mit.

De.sputniknews.com: Das Einreiseverbot für russische Abgeordnete ist ein Schandmal für die Parlamentsversammlung in Helsinki, doch Russland ist für eine Kooperation bereit, wie der Vorsitzende der russischen Staatsduma Sergej Naryschkin am Freitag bei einem Treffen mit dem Vorsitzenden der PV OSZE Ilkka Kanerva erwähnte.

„Es ist natürlich ein Schandfleck der PV OSZE, der für ewig in seiner Geschichte bleiben wird. Doch wir hatten und haben auch immer noch großen Respekt vor dieser Organisation“, sagte Naryschkin am Anfang des Treffens.

„Der Satz, Ich freue mich, Sie in Moskau, in der Staatsduma willkommen zu heißen‘ klingt wohl ein bisschen gezwungen in dieser Situation.“, scherzte der Unterhaus-Chef. „Ich wollte Ihnen aber dennoch sagen, dass ich, sobald ich aus mehreren Kanälen Ihre dringende Bitte um ein Treffen empfangen hatte, keinen Augenblick daran zweifelte, dass wir uns treffen müssen“, betonte er.

Die Vorgehensweise mit der russischen Delegation sei zwar „frech“ gewesen, doch eine weitere Zusammenarbeit sollte besprochen werden.

Auch Kanerva äußerte seine Hoffnung, dass Russland und die PV OSZE schon in einigen Wochen das, was in Helsinki passiert ist, hinter sich lassen und die Zusammenarbeit fortsetzen werden.

Zuvor hatte Finnland auf Druck aus Washington und Brüssel dem russischen Unterhaus-Chef Sergej Naryschkin und weiteren Abgeordneten die Einreise zur parlamentarischen Versammlung der OSZE (5. bis 9. Juli in Helsinki) verboten. Das russische Außenministerium bezeichnete die Entscheidung von Helsinki als einen „unfreundlichen Schritt“.

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen verschlechterten sich im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine. Ende Juli 2014 hatten die EU und die USA Sanktionen gegen eine Reihe von russischen Wirtschaftssektoren verhängt. Als Gegenmaßnahme erließ Moskau ein Einfuhrverbot für Nahrungsmittel aus den Ländern, die Sanktionen gegen Russland eingeführt hatten. Es handelt sich hierbei um die USA, die EU-Staaten, Kanada, Australien und Norwegen.

Abends:

Dan-news.info: Die Frage der Rückkehr der Kinder, die vor einem Jahr in die Ukraine gebracht wurden, wird auf den Verhandlungen der humanitären Untergruppe in Minsk aufgeworfen werden, erklärte die Beraterin des Oberhauptes der DVR zu Kinderrechten Jana Tschepikowa.

„Von unserer Seite werden wir natürlich alle Kräfte darein legen, die Kinder zurückzubringen. Bis heute wurden Materialien bezüglich der Rückkehr unserer Kinder vorbereitet und in die Untergruppe der Kontaktgruppe zu humanitären Fragen geschickt“, sagte sie.